



Parlamentarischer Vorstoss

Vorstoss-Nr.:	024-2023
Vorstossart:	Interpellation
Richtlinienmotion:	☐
Geschäftsnummer:	2023.RRGR.46
Eingereicht am:	06.03.2023
Fraktionsvorstoss:	Nein
Kommissionsvorstoss:	Nein
Eingereicht von:	Freudiger (Langenthal, SVP) (Sprecher/in)
Weitere Unterschriften:	0
Dringlichkeit verlangt:	Ja
Dringlichkeit gewährt:	Ja 09.03.2023
RRB-Nr.:	vom
Direktion:	Staatskanzlei
Klassifizierung:	Nicht klassifiziert

Strategie des Kantons Bern für NFA-Folgen beim Übertritt von Moutier

Zwischen den Kantonen Bern und Jura besteht namentlich Uneinigkeit darüber, welche Folgen der Übertritt von Moutier in den Kanton Jura in Bezug auf die Zuwendungen aus dem nationalen Finanzausgleich haben soll. Der Kanton Jura begehrt eine zusätzliche Summe von 29 Mio. Franken, was unannehmbar ist. Inzwischen ist bekannt, dass die neue Justizministerin Elisabeth Baume-Schneider in dieser Sache vermitteln soll. Der Regierungsrat des Kantons Bern hat die Vermittlung durch die Justizministerin akzeptiert, obwohl diese – selbst Jurassierin und «einst flammende Separatistin» (BZ vom 13. Januar 2023 «Bern und der Jura streiten um Millionen für Moutier») – in der Jurafrage in der Vergangenheit Position bezogen hat. Für den gesamten Kanton Bern, dem ein erheblicher Verlust an NFA-Geldern droht, stellt sich die Frage, wie der Regierungsrat vorzugehen gedenkt, falls sich die aktuelle Justizministerin entgegen ihrer Zusicherung nicht als unparteiische Vermittlerin erweisen sollte.

Der Regierungsrat wird um Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Welchen «Plan B» hat der Regierungsrat des Kantons Bern, falls keine unparteiische Vermittlung durch die jetzige Justizministerin in der Moutier-Frage bzw. in der Frage zu den Folgen für die NFA-Auszahlungen möglich sein sollte?
2. Wird der Regierungsrat rechtzeitig eine andere, unparteiische Vermittlung verlangen, wenn sich die jetzige Justizministerin in den Gesprächen als nicht ausreichend unparteiisch erweisen sollte?
3. Wer entscheidet über den genauen Umfang an zusätzlichen NFA-Geldern, deren Höhe umstritten ist und zu denen die Kantone Bern und Jura verhandeln, falls eine Einigung scheitern sollte?

Begründung der Dringlichkeit: Mit Blick auf die in Bälde beginnenden Gespräche unter Federführung der Justizministerin ist eine umgehende Klärung der gestellten Fragen für den Grossen Rat als (Ober-)aufsichtsbehörde der Regierung erforderlich.

Verteiler

– Grosser Rat